WELT

NACH ICE-TODESSCHÜSSEN

Ausgerechnet Minneapolis wird nun erneut zum Symbol für ein zerrissenes Amerika

Von **Stefanie Bolzen**
Korrespondentin in Washington

Stand: 07:10 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Ein Beamter der US-Immigrationsbehörde ICE hat in Minnesota eine Frau erschossen. Donald Trump verteidigt ihn schon kurz nach dem Vorfall vehement, die Demokraten widersprechen massiv. Erinnerungen an den Fall George Floyd werden wach.

Kaum eine Meile entfernt von dem Ort, an dem der Afroamerikaner George Floyd im Mai 2020 von einem weißen Polizisten ermordet wurde, erschoss am Mittwoch ein Beamter der Einwanderungsbehörde ICE eine 37-jährige Frau. Videos zeigen, wie drei ICE-Einsatzkräfte den langsam anrollenden Wagen der Frau anzuhalten versuchen. Dann fallen drei Schüsse.

Die Bilder aus Minneapolis zeigen nicht nur aus nächster Nähe den Angriff (https://www.welt.de/politik/ausland/article695eccd24d1d5f581eeaf1a6/usa-frau-stirbt-nach-schuessen-von-ice-beamten-buergermeister-erhebt-schwere-vorwuerfe.html) auf die getötete 37-jährige Frau, die laut US-Berichten mit vollständigem Namen Renee Nicole Macklin Good hieß und Mutter mindestens eines kleinen Kindes gewesen sein soll. Sie zeigen auch die Einschüsse in der Windschutzscheibe und die Stofftiere, die in ihrem Auto lagen. Sie zeigen Augenzeugen, die der Schwerverletzten zu Hilfe kommen wollen und von einem mit Maschinengewehr bewaffneten Polizisten abgewiesen werden. Der Bewaffnete sagte: „Entspann dich“. „Wie verdammt könnt ihr euren Job jeden Tag machen?“, schreit eine Frau, die hinter der Kamera steht. „Ihr bringt meine Nachbarn um! Ihr entführt meine Nachbarn!“

Der tödliche Zugriff in Minneapolis geschieht in einer politisch aufgeladenen Atmosphäre. Mehrere Tausend Menschen versammelten sich am Mittwochabend Ortszeit im Stadtviertel, in dem der Zugriff geschah und protestierten gegen Polizeigewalt. Auch in Chicago, New York und anderen Städten gingen Menschen auf die Straße. Erneut hat ein Polizeizugriff somit das Potenzial, dass sich daran weit über die Grenzen Minnesotas hinaus öffentlich Wut über das Vorgehen der Regierung von Donald Trump (https://www.welt.de/politik/ausland/article695f02224d1d5f581eeaf2c7/donald-trump-will-verteidigungsausgaben-erhoehen-und-venezuela-zum-kauf-von-us-produkten-verpflichten.html) entlädt.

Erst zu Beginn der Woche hatte die US-Heimatschutzbehörde angekündigt, mehr als 2000 Beamte nach Minnesota zu schicken. „Wenn du ein krimineller illegaler Einwanderer bist und/oder Betrug begehst, rechne mit einem Besuch von ICE“, erklärte die Behörde am Dienstag. ICE-Direktor Todd Lyons sprach vom größten Einsatz seit Beginn von Trumps zweiter Amtszeit.

Es ist ein vom US-Präsidenten angeordneter Einsatz, den sowohl der Bürgermeister von Minneapolis als auch der Gouverneur des Staates kategorisch ablehnen. Gegen die Bundeskompetenz des Präsidenten können sie jedoch nichts ausrichten. So wie ihnen erging es bereits Amtskollegen überall im Land. Von Los Angeles, über New Orleans und Chicago bis hin zu Washington D.C.

Die Stellungnahmen aus Washington und aus Minneapolis zum Vorfall scheinen von zwei unterschiedlichen Planeten zu kommen. Trump erklärte, die getötete Frau sei „ein professioneller Agitator“ gewesen. Sie habe „gewaltsam, vorsätzlich und bösartig den ICE-Beamten“ überfahren, der sie „offenbar aus Notwehr“ erschoss. Innenministerin Kristi Noem sprach von einem „Akt des inländischen Terrorismus“.

Was der Bürgermeister von Minneapolis umgehend als „Bullshit“ zurückwies. Trump und seine Minister versuchten, die Schüsse als Selbstverteidigungsmaßnahme darzustellen. „Nachdem ich das Video selbst gesehen habe, möchte ich allen direkt sagen, dass das Bullshit ist“, so Jacob Frey. An die ICE-Behörde gewandt sagte der Demokrat: „Get the fuck out of Minneapolis.“

Der Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, forderte die Einwohner auf, ruhig zu bleiben, während die staatlichen Sicherheitsbehörden Informationen über den Vorfall sammelten. Walz kündigte an, die eigene Nationalgarde zu mobilisieren. „Das sind wenigstens unsere Leute."

Walz, der sich 2024 unter Kamala Harris auf die Vize-Präsidentschaft der Vereinigten Staaten bewarb, steht unter massivem politischem Druck. Während der Pandemie sollen vor allem somalische Einwanderer in dem Bundesstaat bis zu 600 Millionen Euro erschlichen haben. Die Beschuldigten sollen ein riesiges Schein-Netzwerk mit nie geleisteten Programmen für die Unterstützung von Familien mit Lebensmitteln und Sozialdiensten aufgebaut haben.

Personen in New York nehmen an einem Protest gegen die tödlichen Schüsse in Minneapolis teil

Quelle: Ryan Murphy/AP/dpa

Seit der Skandal vor Weihnachten bekannt wurde, hat Trump somalische Einwanderer und Somalia wiederholt ausfallend angegriffen. Der US-Präsident sagte Dinge wie „ihr Land stinkt", dass somalische Amerikaner „Abfall" seien, dass sie „nichts beitragen" und er sie nicht in den Vereinigten Staaten haben wolle.

In der Folge ordnete er die Entsendung von ICE-Truppen nach Minneapolis an, um gezielt gegen illegale Somalier vorzugehen. Daran, und an den Zugriffen der Behörde auf andere Einwanderer, vor allem Latinos, entzündete sich bereits vor den tödlichen Schüssen am Mittwoch öffentlicher Protest.

Nun steht die Stadt symbolisch erneut für ein zerrissenes Amerika. Für die einen, die in der Polizeipräsenz einen politisch und rassistisch motivierten Angriff auf die Bürger sehen. Und für die anderen, die Trumps Vorgehen als den einzigen Weg sehen, um Recht und Ordnung wiederherzustellen und den Missbrauch des staatlichen Wohlfahrtssystems zu beenden.

Stefanie Bolzen (https://www.welt.de/autor/stefanie-bolzen/) ***berichtet für WELT seit 2023 als US-Korrespondentin aus Washington, D.C. Zuvor war sie Korrespondentin in London und Brüssel.***

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2026 Ein **Axel Springer** Unternehmen
Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert.
Weitere Informationen https://epaper.welt.de